
P. NIKIFOROS DIAMANDOUROS

Herrn Peter BÖTTCHER
peter.boettcher1@ewetel.net

Straßburg, den 20 -12- 2004

Beschwerde Nr. 3470/2004/AS

Sehr geehrter Herr Böttcher,

ich beziehe mich auf Ihre E-Mails vom 23., 24. und 26. November 2004, in denen Sie eine Beschwerde darüber vorbrachten, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), insbesondere der Bürgermeister der Stadt Höchberg, Peter Stichler, sowie Richter am Verwaltungsgericht Würzburg einem Rentnerhepaar ihren Hund entrissen hätten. Ihren Angaben zufolge sei der Hund inzwischen getötet worden.

Ferner rügen Sie, in Deutschland würden vier ausländische Hunderassen systematisch ausgerottet werden.

Des Weiteren rügen Sie die Zusammenarbeit der Firma Rossmann mit Frau Doris Schröder-Köpf.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und dem Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten sind die Bedingungen für die Zulässigkeit einer Beschwerde genau festgelegt. Der Bürgerbeauftragte kann nur dann mit einer Untersuchung beginnen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

Eine dieser Bedingungen lautet:

Artikel 2 Absatz 1 - Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten:

"Der Bürgerbeauftragte trägt im Rahmen (...) der (...) Verträge dazu bei, Missstände bei der Tätigkeit der Organe und Institutionen der Gemeinschaft (...) aufzudecken (...). Handlungen anderer Behörden oder Personen können nicht Gegenstand von Beschwerden beim Bürgerbeauftragten sein."

Eine sorgfältige Prüfung Ihrer Beschwerde hat ergeben, dass diese Bedingung nicht erfüllt ist, denn sie bezieht sich nicht auf die Tätigkeit eines Organs oder einer Institution der Gemeinschaft. Sowohl bei der Einziehung und Tötung des Hundes durch deutsche Behörden, als auch bei der von Ihnen angegebenen systematischen Ausrottung von vier Hundesrassen in Deutschland und der Tätigkeit von Frau Doris Schröder-Köpf handelt es nicht um eine Tätigkeit eines Organs oder einer Institution der Europäischen Gemeinschaft.

Hinsichtlich der Einziehung und Tötung des Hundes durch deutsche Behörden möchte ich Sie noch für den Fall, dass der Einziehung beziehungsweise Tötung des Hundes eine gerichtliche Entscheidung vorausgegangen ist, darauf hinweisen, dass laut Artikel 1.3 des Statuts des Europäischen Bürgerbeauftragten der Bürgerbeauftragte zudem nicht in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreifen oder die Rechtmäßigkeit einer gerichtlichen Entscheidung in Frage stellen darf.

Ich muss Ihnen deshalb zu meinem Bedauern mitteilen, dass ich nicht befugt bin, mich mit Ihrer Beschwerde zu befassen.

Mit dem Teil Ihrer Beschwerde, der die von Ihnen gerügte systematische Ausrottung von vier Hunderassen betrifft, könnte sich möglicherweise der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages befassen. Diesen können Sie unter der folgenden Adresse erreichen:

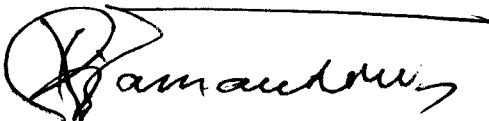
Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030-22773445
Fax: 030-22776755

Das Petitionsformular des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags sowie weitere Informationen zu diesem Verfahren erhalten Sie auf der folgenden Internet-Seite:

http://www.bundestag.de/parlament/gremien15/a02/pet_formular.pdf

Mit freundlichen Grüßen



Professor Dr. P. Nikiforos DIAMANDOUROS